

BLICKPUNKT

DKP

Infopost der Deutschen Kommunistischen Partei Flensburg

Nicht eingeschüchtert

Erklärung der zu den Protesten gegen G20

Der G20-Gipfel ist beendet. Hamburg atmet auf. Das Ergebnis des Zusammentreffens der G7 mit den Schwellenländern und der EU steht in keinem Verhältnis zu Kosten, Aufwand und Ausnahmezustand, der vor allem die Hamburgerinnen und Hamburger getroffen hat.

Es gibt eine Einigung darauf, dass die Märkte offen sein müssen und Protektionismus, also der Schutz des jeweiligen heimischen Marktes, vermieden werden soll. Damit kann das Groß- und Monopolkapital bestens leben. Dort, wo der Handel in ihrem Interesse reguliert werden soll, gab es auch ein Ergebnis: den Abschluss eines Freihandels zwischen Japan und der EU. Es enthält die gleichen Kernelemente wie TTIP, zum Beispiel Investitionsschutz und Schiedsgerichte. Das ist eine klare Ohrfeige für alle, die gegen TTIP und CETA auf die Straße gegangen sind.

Das große Gipfel-Thema, Klimapolitik, hat keine Ergebnisse als die Bestätigung des Pariser Abkommens gebracht. Wobei die USA ihre Ablehnung bestätigt haben. Erdogan spielte noch einmal den starken Mann, in dem er erklärte, dass die Türkei das Abkommen noch nicht ratifiziert habe.

Groß angekündigt war die Teilnahme Afrikas an diesem Gipfel. Doch im Sinne der eingangs dargestellten Einigung in Sachen Wirtschaftspolitik wird es für die Menschen auf diesem Kontinent keine Verbesserungen geben. Im Gegenteil, die dortigen Märkte werden weiterhin mit Subventionen zum Beispiel der hiesigen Landwirtschaft für die Verwertungsbedingungen des Kapitals ausgeblutet. Den Menschen

wird die Lebensgrundlage entzogen. Weitere Flüchtlingsströme und Tote im Mittelmeer werden die Folge sein.

Der Versuch Angela Merkels, sich als Führerin der liberalen Fraktion der führenden imperialistischen Staaten zu präsentieren, ist gründlich misslungen. Keines der brennenden Probleme in der Welt ist einer Lösung näher gekommen. Formelkompromisse, mit denen ein weiteres Auseinanderdriften übertüncht wurde, werden von Merkel als Erfolg präsentiert. Der einzige brauchbare Erfolg wurde von den ungeliebten Präsidenten Putin und Trump mit der zeitweisen Waffenruhe in einem Teil Syriens erreicht. Immerhin ein kleines Aufatmen für die dort lebenden Menschen.

Der martialische Einsatz des staatlichen Gewaltpotentials war nicht nur gegen die unmittelbar Betroffenen gerichtet. Er war ein Signal an alle fortschrittlichen Kräfte, dass die Herrschenden, das Monopolkapital und seine politischen Vertreter, bereit sind, alle Machtmittel innerhalb und außerhalb des Rechts einzusetzen, wenn ihr Herrschaftsanspruch auch nur ansatzweise in Frage gestellt wird.

Das politische Ziel der Spaltung der Bewegung gegen den G20-Gipfel ging nicht auf. Deutlich mehr als 150.000 Menschen haben sich in der Woche vor und während des Gipfels an Demonstrationen, Aktionen, Blockaden und Veranstaltungen gegen den Gipfel engagiert. An der Großdemonstration „Grenzenlose Solidarität statt G20“ beteiligten sich mehr als 76

000 Menschen. Beteiligt waren Umweltschutzverbände, Christen, Gewerkschaften, Organisationen der Migranten, Schüler, Bürgerinitiativen und viele Einzelpersonen. Die Linke zeigte sich auf der Großdemonstration einig, wenn auch die meisten Forderungen nicht über das Anprangern von Missständen und Verbrechen hinausgingen.

Der internationale kommunistische Block mit Genossinnen und Genossen aus Hamburg, Deutschland, dem europäischen und weltweiten Ausland zeigte die Ursachen und den Gegner auf: „Fight Imperialism“.

Um Alternativen zum Imperialismus, den Sozialismus, ging es auch bei der Podiumsdiskussion mit Mitgliedern von fünf Kommunistischen Parteien, die die DKP im Rahmen der Proteste

**GRENZENLOSE STATT
SOLIDARITÄT G20**
Internationale Großdemonstration | Hamburg | 8.7.2017 | ab 11 Uhr

organisiert hatte. Wer die Not der Menschen dauerhaft beseitigen will, muss nicht nur die politischen Repräsentanten bekämpfen. Er muss die eigentlichen Träger dieser Politik, das Monopolkapital, bekämpfen. Er muss für eine andere, eine bessere, eine gerechte Welt, für den Sozialismus kämpfen.

Der Widerstand gegen eine unsoziale, ungerechte und undemokratische Politik lässt sich nicht einschüchtern.

Solidarität ist die Alternative

Kommunistische Parteien diskutierten in Hamburg

Während die Mächtigen und Reichen ihren G20-Gipfel trotz Demonstrationsverboten, zahlreicher Schwerverletzter durch Wasserwerfer und Pfefferspray, trotz Einschränkung der Pressefreiheit und Massenverhaftungen als „Festival der Demokratie“ bezeichneten, diskutierten rund 150 Teilnehmer am 7. Juli im Arbeiterstadtteil Billstedt mit Vertretern von fünf kommunistischen Parteien aus Europa und Venezuela über Alternativen zu G20 und zum Imperialismus. „Unsere Antwort auf das System der Krisen und der Kriege, für das die Mehrzahl der am Gipfel teilnehmenden Staats- und Regierungschefs steht, heißt Solidarität“, beschrieb Michael Götze als Vorsitzender der DKP-Hamburg, das Thema der internationalen Podiumsdiskussion.

„Die bundesdeutschen Politiker demonstrieren in diesen Tagen, was sie unter Demokratie verstehen“, erklärte Götze weiter und gab damit das Stichwort für Carolus Wimmer, den Internationalen Sekretär der Kommunistischen Partei Venezuelas (PCV). Wimmer wertete das von Anfang an auf Einschüchterung und Eskalation angelegte Vorgehen des Staates gegen Kritiker des G20-Gipfels als „eindeutigen Beweis dafür, dass sich der Klassenkampf auch hier in Deutschland und Europa“ verschärfe. „Sie proben für den Ernstfall“, kommentierte er die Polizeiaktionen, „denn sie wissen, dass der Moment kommen kann, wo die Mehrheit sich wehrt“. Noch sei es nicht soweit, meinte Vladimír Sedláček von der Kommunistischen Partei Böhmens und Mährens (KSCM). „Jetzt sind wir in der EU und viele verlassen

resigniert ihre Heimat, weil ihre Arbeitsbedingungen immer schlechter werden und sie keine Zukunftsperspektive sehen“, berichtete er. Seine Partei versuche derzeit in erster Linie mehr Beschäftigte in den Betrieben für den Widerstand gegen das dafür verantwortliche System zu organisieren. Er rechne mit einer Verschärfung des Klassenkampfes überall in Europa, erklärte Sedláček.

Auch in Portugal werden die Lebensbedingungen für die Mehrheit der Bevölkerung aufgrund der „tiefen strukturellen Krise des Kapitalismus“ immer schlechter, ergänzte Miguel Viegas von der Portugiesischen Kommunistischen Partei (PCP). Sein Land leide bereits seit Jahren unter den Vorgaben der EU, die Viegas als „aufstrebende imperialistische Macht“ bezeichnete. Ein großer Teil der portugiesischen Bevölkerung sehe in ihr einen Zusammenschluss, der die Interessen des Kapitals gegen die Völker Europas durchsetze. Da die wichtigsten gemeinsamen Ziele der EU der Neoliberalismus und die Militarisierung zur Sicherung ihrer Ressourcen seien, dürfe man sich keinen Illusionen über ihre Reformierbarkeit hingeben, warnte Viegas. Die PCP mobilisiere deshalb vor allem den Widerstand gegen die aggressive EU-Politik. Die Partei der Arbeit Belgiens (PTB) sieht es ähnlich und stellt sich ebenfalls auf eine Verschärfung der Auseinandersetzungen in Europa ein. Derzeit offenbare sich immer öfter, dass europäische Regierungen sich auch mit Gewalt über den Willen der Bevölkerungsmehrheit in ihren Ländern hin-

wegsetzten und nicht einmal mehr den Anschein von Demokratie zu wahren versuchten, sagte PTB-Vertreterin Alice Bernard. Das habe sich bei den Entscheidungen über CETA und TTIP sowie dem Freihandelsabkommen zwischen Japan und der EU (JEFTA) ebenso gezeigt, wie beim G20-Gipfel. Bernard erinnerte daran, dass die Politik der auf diesem Gipfel vertretenen imperialistischen Mächte immer mit Kriegen verbunden sei.

Laut Andreas Sörensen, dem Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Schwedens (SKP), vertritt seine Partei ähnliche Positionen. Sörensen wies zudem auf die zunehmenden Differenzen zwischen der EU und den USA hin, die einen nicht zu dem Fehler verleiten dürften, sich auf die Seite der einen Imperialisten gegen die anderen zu schlagen. Als gemeinsame Hauptaufgabe in Europa bezeichnete er den Kampf gegen den Imperialismus der EU, die ständig größere Summen in die militärische Aufrüstung investiere. Die Alternative der Kommunisten zu Militärinterventionen und Kriegsbeteiligungen der EU sei eine Verbesserung der Lebensbedingungen der Bürger. Die Milliarden für Militäreinsätze fehlten in allen EU-Ländern für die Instandsetzung der Infrastruktur, für Bildung, Gesundheit und bezahlbaren Wohnraum. In der anschließenden Diskussion waren sich die meisten Teilnehmer einig, dass das kapitalistische System und der Imperialismus nicht durch immanente Reformen überwunden werden können.

Volker Hermsdorf

DKP-Kandidatur in neun Bundesländern

Bei der Bundestagswahl am 24. September tritt die DKP in neun Bundesländern mit Landeslisten an:

Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen.

Insgesamt werden sechzehn Direktkandidaten auf den Wahlscheinen sein: In Brandenburg sind acht von zehn Direktkandidaten auf jeden Fall abgesichert, in Nordrhein-Westfalen sind es vier, in Niedersachsen sind es drei und in Hessen ein Direktkandidat.



In anderen Bundesländern sind auch mit persönlichem Einsatz und Engagement viele Unterschriften gesammelt worden, leider hat es dabei aber für eine Kandidatur nicht gereicht. Dies ist

der Fall in den Bundesländern Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen.

Auch in Schleswig-Holstein ist es der DKP nicht gelungen bis zum Ablauf der Einreichungsfrist am 17. Juli 2017 die erforderlichen 2000 Unterschriften von Unterstützern der Landesliste beim Landeswahlleiter einzureichen.

Das gleiche gilt für die Direktkandidaten in Nordrhein-Westfalen, Brandenburg und Thüringen, wo es bei jeweils zwei Direktkandidaturen nicht gereicht hat.

Friedensfahrradtour um den Fliegerhorst Jagel

Am 22.7.2017 nahmen auf Einladung der DFG-VK bereits zum dritten Jahr in Folge Friedensaktivisten an einer Fahrradtour rund um Jagel teil. Trotz Regen hatten die Teilnehmenden viel Spaß dabei. Ernster Hintergrund für diese Protestaktion war jedoch die Verunreinigung der Umwelt durch den Flugbetrieb. Der Arzt Dr. Ralf Cüppers hatte über die Gesundheitsgefahren durch die Kerosinnebel informiert, die die Tornado Kampfflugzeuge regelmäßig vor der Landung verursachen können.

Widerstand gegen den Fliegerhorst in Jagel gemeinsam entwickeln

Seit 2015 treffen sich Kriegsgegner*innen etwa einmal im Monat zu einer Protestaktion am Fliegerhorst Jagel. Inzwischen wissen immer mehr politisch Interessierte in Schleswig-Holstein, dass von Jagel Krieg ausgeht und auch dem Rest der Republik wird es bekannter, dass Jagel zum zentralen Drohnenstandort der Bundeswehr ausgebaut wird. Dagegen wollen wir breiten Widerstand entwickeln.

Vom Fliegerhorst in Jagel geht Krieg aus

RECCE Tornados aus Jagel beteiligen sich am Krieg im Irak und in Syrien. Sie liefern Zielkoordinaten für Bombardements der „Koalition der Willigen“. Pilot*innen aus Jagel bedienen Spionagedrohnen vom Typ Heron 1 im Afghanistankrieg und in Mali. Die Daten aus Mali werden auf dem Fliegerhorst Jagel ausgewertet, in militärische Lagebilder umgesetzt und per Satellit zu den Kriegführenden Armeen nach Mali übertragen. Jagel ist seit April 2017 zentraler Standort der Bundeswehr für die Ausbildung von Tornadopilot*innen. 2019 soll das Bundeswehrgeschwader aus Jagel mit Kampfdrohnen ausgestattet werden. 2025 sollen dort Großspionagedroh-

nen vom Typ TRITON starten, Hangar und Rollbahn dafür ist bereits gebaut.

Geschwader aus Jagel belastet die Umwelt

5000 Liter Kerosin werden in einer Flugstunde verbraucht. Nach Berechnungen des Deutschen Zentrums für Luft- und Raumfahrt ergibt sich durch die Verbrennung von Kerosin beim Tornado ein durchschnittlicher Kohlendioxidausstoß von mehr als 12 Tonnen pro Flugstunde. Durch unvollständige Verbrennung entstehen neben Kohlendioxid und Wasser noch weitere Abgaskomponenten etwa das nervenschädigende und krebserregende Benzol. Bei einem vierstündigen

Flugbewegungen in 2019. Eine erheblich höhere Lärmbelastung bemerken Anwohner und Touristen an der Nord- und Ostseeküste und im Wattenmeer schon jetzt. Dabei ist zu bedenken, dass ein Kampffjet wesentlich lauter ist, als ein modernes Zivillflugzeug. Fluglärm ist nicht nur „nervig“, er hat unterschiedliche Erkrankungen, von Schlafstörungen bis zu Herz-Kreislaufbeschwerden, zur Folge.

Kriegsbeteiligung bedeutet extreme Umweltzerstörung

In Kriegen wie in Afghanistan, dem Irak, Syrien oder Mali werden Mensch und Natur zerstört. An diesen genannten Kriegen wirken Soldat*innen aus



Übungsflug oder Kriegseinsatz wird die gleiche CO2-Menge ausgestoßen wie von einem durchschnittlichen KFZ-Pendler in seinem gesamten Berufsleben. Laut Bundeswehr werden die Flugstunden von 3000 in 2016 auf 4300 in 2017 erhöht. Flugpraxis bekämen die Piloten bei den Einsätzen über dem Irak und Syrien.

Fluglärm über Feriengebieten und dem Nationalpark Wattenmeer

1129 Starts- und Landungen im Jahr 2016 sollen auf 2875 in 2017 erhöht werden. Zählt man die Übungsanflüge mit, steigt die Belastung auf 8000

Jagel mit, verschwenden Ressourcen, zerstören Mensch und Natur. Bei allen Kriegen geht es um Zerstörung ohne Rücksicht auf Leben. Krieg ist Zerstörung - auch wenn Machtpolitik und Militär es immer wieder verschleiern.

Wer Umwelt schützen will, muss gegen Krieg und Militär aktiv werden.

Weitere geplante Aktionen in Jagel:
Aktionskonzert, am Montag, den 21. August 2017, 11.00 Uhr
Mahnwache, am Samstag, den 9. September 2017, 11.57 Uhr
jeweils an der Hauptzufahrt zum Fliegerhorst.



LEBENSLAUTE - Konzert-Aktion am Fliegerhorst Schleswig-Jagel

Von Bass bis Sopran - gemeinsam gegen Rüstungswahn

Vorkonzert: Samstag, 19. August 2017, 19 Uhr
Theaterschule, Adelbyer Kirchenweg 1, Flensburg

Aktionskonzert: Montag, 21. August 2017, 11 Uhr
Fliegerhorst Schleswig-Jagel, Bundesstraße, Jagel

Bundeswehr im Luft- und Drohnenkrieg

Auf dem Fliegerhorst Schleswig-Jagel ist das „Taktische Luftwaffengeschwader 51 Immelmann“ stationiert. Von hier geht Krieg aus. Hauptaufgabe ist das Ausspähen und Erfassen von Zielkoordinaten.

- * Von hier kommen Tornados für den Krieg in Syrien und im Irak.
- * Hier werden Drohnenpilot*innen für ihren Einsatz in Afghanistan und Mali geschult.
- * Hier werden Drohnenbilder ausgewertet, die in Mali aufgenommen wurden.
- * Ab 2019 soll der Fliegerhorst Jagel über Bundeswehr-Kampfdrohnen verfügen.

* Jagel ist Luftwaffen-Ausbildungszentrum für die Tornado-Kampfflugzeuge.

Die Tornados und Drohnen liefern Ziele zur Bombardierung und Zerstörung. Damit sind sie zentrales Element jeder Kriegsführung. Hier werden tödliche Entscheidungen getroffen, deren Opfer vorwiegend Zivilpersonen sind. Drohnenkrieg setzt die Hemmschwelle zum Töten weiter herab.

Folgen des „Kriegs gegen den Terror“

Allein in Afghanistan, Irak und Syrien produziert der Krieg bisher fast 2 Millionen Tote und unzählige körperlich und seelisch Verwundete; flächendeckende Zerstörungen; Millionen von Flüchtlingen; Hass, Angst, Gewaltbereitschaft und neuer Terror. Krieg wird zum Dauerzustand. In Deutschland sollen die Menschen Aufrüstung hinnehmen, statt auf friedliche Konfliktlösungen und Ursachenbekämpfung zu setzen.

Wir fordern:

- * Keine Kampfdrohnen für die Bundeswehr
- * Keine Ausbildung zum Töten in Jagel
- * Auslandseinsätze der Bundeswehr stoppen
- * Zivile Konfliktlösungen statt immer neuer Kriegseinsätze

DFG-VK
jagel.bundeswehr
abschaffen.de

LEBENSLAUTE
lebenslaute.net

Von Bass bis Sopran – Gemeinsam gegen Rüstungswahn

Konzert-Aktion am Fliegerhorst Schleswig-Jagel



Vorkonzert: Sa. 19. August 2017, 19 Uhr
Theaterschule, Adelbyer Kirchenweg 1, Flensburg

Aktionskonzert: Mo. 21. August, 11 Uhr
Fliegerhorst Schleswig-Jagel, Bundesstraße, Jagel

Händel, Ravel, Mayer, ...

lebenslaute
www.lebenslaute.net



Es finden auch zukünftig Aktionen am Drohnen- und Tornado-Standort Jagel statt, so am Samstag, 9.9.2017 "Drei vor Zwölf", Programm und weitere Termine unter:
jagel.bundeswehrabschaffen.de

Samstag
19. August 2017
Jahnstraße 2a
Elmshorn

15.00 Uhr Kinderfest
Die Elmshorner Märchenerzählerin Catharina Lentjes erzählt aus der Märchenwelt für Groß und Klein.
Kaffee und Kuchen

15.30 Uhr Diskussionsrunde
Politikwechsel organisieren

Katja Kale singt zur Gitarre
Griechische Spezialitäten
Tombola und Flohmarkt
Kuba-Mixgetränke
Bier vom Fass und Wein

UZ

- unsere zeit -
Wochenzeitung der DKP

★

Jetzt 4 Wochen kostenlos probelesen!

Einfach E-Mail mit Name und Adresse an:
info@unsere-zeit.de · Tel.: 0201 - 17 78 89 23 · www.dkp.de

BLICKPUNKT
DKP

Infopost der Deutschen Kommunistischen Partei Flensburg

Herausgeber: DKP Flensburg
Postfach 1401, 24904 Flensburg
dkp.flensburg@versanet.de

Erscheinungsweise: vierteljährlich
Redaktion: Ludwig Hecker (ViSdP)
Druck: Eigendruck

BLICKPUNKT
liegt regelmäßig aus in der

OSSIETZKY-BUCHHANDLUNG
TABLEAU-KULTURCAFÉ
HAUFERMARKT | KONTRASTE
KAFFEEHAUS | VIVA
GRISOU | CAFÉ CENTRAL
PORTICUS | FEUERSTEIN
VOLKSBAD